

KREDITWIRTSCHAFT / Tagung der Volks- und Raiffeisenbanken

# Genobanken verlangen Regulierungsstopp

**Angesichts der hohen Kosten der Euro-Vorbereitung verlangen die Volks- und Raiffeisenbanken weniger Reglementierungen. Außerdem fordern sie eine Renten- und Steuerreform für den Mittelstand. Die Einkommensteuergesetze müßten gesenkt werden.**

HANDELSBLATT, Dienstag, 4.11.97 vwd/dpa MÜNCHEN. Die 2 427 Volks- und Raiffeisenbanken in Deutschland befinden sich weiterhin auf Wachstumskurs. Die addierte Bilanzsumme sei von September 1996 bis September 1997 um 4,8 % auf insgesamt 942 Mrd. DM gestiegen, teilte der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) am Dienstag auf einer Tagung im bayerischen Garmisch-Partenkirchen mit. Danach wuchsen die Kredite um 5,5 % auf insgesamt knapp 576 Mrd. DM. Auf der Einlagenseite verzeichneten die genossenschaftlichen Institute einen Zuwachs von 3,8 % auf gut 743 Mrd. DM.

Nach Einschätzung des BVR wird die Ertragslage der Volksbanken und Raiffeisenbanken im Geschäftsjahr 1997 annähernd die des Vorjahres erreichen. Das Betriebsergebnis vor Bewertung - also ohne Abschreibungen auf Forderungen und Wertpapiere - werde voraussichtlich mit 1,03 % des durchschnittlichen Geschäftsvolumens leicht unter dem Vorjahreswert liegen. Verantwortlich für diesen Rückgang sei vor allem der rückläufige Zinsüberschuß.

Die Volks- und Raiffeisenbanken verlangen eine grundlegende Rentenreform und eine Steuerpolitik für den Mittelstand. Dazu müßten vor allem die Einkommensteuersätze endlich drastisch gesenkt werden, forderte der Verband. Zwar sollten auch Steuervergünstigungen abgebaut werden. Derzeit laufe man aber Gefahr, daß nur darüber diskutiert werde, ohne die Steuersätze zu senken. „Das Schließen von Steuerschlupflöchern darf letztlich nicht zu einer verdeckten Steuererhöhung führen.“ In der Alterssicherung müsse das reine Umlagesystem zu einem Mischsystem verändert werden, das, wie heute die Privatversi-

cherung, auch einen Deckungsstock für die Alterssicherung aufbaue, forderte der Verband. Vor dem Hintergrund der Diskussion über die sozialversicherungsfreien 610-Mark-Jobs heißt es aber auch: „Gleichzeitig muß die Zahl derjenigen, die sich an diesem System beteiligen, verbreitert werden. Es geht nicht an, daß

mehr Arbeit „primär am Preis für Arbeit ansetzen“. Dieser Produktionsfaktor müsse „von der alleinigen Last des Sozialsystems“ entlastet werden. Hier liege der Schlüssel zum Abbau der Arbeitslosigkeit in Deutschland gelöst würden“. Mit dem Wegfall des Ausgleichs.

In diesem Zusammenhang warnen die Genossenschaftsbanken „vor der Vorstellung, daß mit der Eismechanismus der Wechselkurse werden die Unterschiede bei den Lohnkosten, Sozialabgaben, Steuersätzen und Produktivitäten mit einem Schlag offengelegt. Dies wiederum werde die Arbeitsmarktprobleme in Deutschland noch verschärfen. Europaweit könnten völlig neue Probleme wie zum Beispiel Transferzahlungen aus öffentlichen Kassen zur Vermeidung von Wanderungsbewegungen entstehen. Ausdrücklich warnte der Verband vor Aufweichungsversuchen, was die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank angehe. Sie werde noch vor ihrer Gründung von Frankreich, aber auch aus dem Europäischen Parlament heraus torpediert. „Wenn solche Forderungen Realität werden, kann man die Stabilität des Euro vergessen.“

Angesichts der Verwaltungskosten der Kreditwirtschaft bei der Vorbereitung auf den Euro verlangten die Volks- und Raiffeisenbanken einen „sofortigen und absoluten Regulierungsstopp“. Gerade für mittelständische Institute seien die Reglementierungen nicht mehr zumutbar. Allein in den Jahren 1991 bis 1996 seien 13 neue Gesetze und Verordnungen für die Branche erlassen worden. Sie hätten allein bei den Genossenschaftsbanken Zusatzkosten von 5,5 Mrd. DM verursacht. Das seien dreimal so hohe Kosten wie die komplette Ausbildung von 16 000 Lehrlingen. Die nationale Aktion „schlanker Staat“ müsse zur Reduzierung der 4 874 Gesetze und Rechtsverordnungen mit über 84 900 Einzelbestimmungen führen.

## Anzeige

Aktueller Depot-Wert  
für mehr DM mit  
DM online.

**Aktien,  
Fonds,  
Optionen:**

Managen Sie jetzt  
Ihr persönliches  
Depot online.

**Automatisch aktualisier-  
t. Mit zahlrei-  
chen Features für  
Ihre Geldanlage in  
Aktien, Fonds und  
Optionsscheinen.  
Kostenlos!**

[www.DM-online.de](http://www.DM-online.de)

sich einerseits wesentliche Gruppen der Gesellschaft in Deutschland komplett aus dem System der sozialen Sicherung verabschieden, während andererseits die Arbeitslosigkeit explodiert, weil die gesamte Last des Sozialsystems an den Produktionsfaktor Arbeit gekoppelt ist.“ Im übrigen müsse eine effiziente Politik für